

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

N 9.

Dienstag, den 20. Januar

1903.

**Öffentliche Sitzung**  
**des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg**  
Montag, den 26. Januar 1903, von nachmittags 3 Uhr an  
im VerhandlungsSaale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.  
Schwarzenberg, am 18. Januar 1903.  
**Königliche Amtshauptmannschaft.**  
J. B. Dr. Jani, Bezirksaffessor.

**Lateinschule Eibenstock.**  
Anmeldungen von Schülern zur Aufnahme Ostern 1903 werden baldigst an  
Herrn Lateinschulleiter Pastor Brindmann hier erbeten.  
Für Schüler, welche den Unterricht in Latein und Griechisch entbehren können, tritt  
der Unterricht in englischer und französischer Sprache ein.  
Eibenstock, den 19. Januar 1903.  
**Der Vorstand des Lateinschulvereins.**  
Sesse.

### Die Bewegung der Bevölkerung im 19. Jahrhundert.

Das Kaiserliche Statistische Amt hat im Anschluß an die Ergebnisse der letzten deutschen Volkszählung die Bewegung der Bevölkerung in den wichtigsten Kulturländern während des 19. Jahrhunderts bearbeitet. Für die wirtschaftspolitische Forschung ist damit schätzbare Material geliefert worden. Denn die Bevölkerung ist die Grundlage der Volkswirtschaft; erst die Bevölkerung erweckt das wirtschaftliche Leben in toten Gegenden und macht die Wirtschaftsgüter nutzbar, um sie durch Erzeugung, Umlauf, Verteilung und Verbrauch der Güter. Von der Größe, Dichtigkeit, Beschäftigung und Kultur der Bevölkerung hängen die Wirtschaftsform, die Volkskraft und damit die Macht eines Gemeinwesens in erster Linie ab.

Fast in allen zivilisierten Ländern ist die Bevölkerung schnell gewachsen. In Europa hat sich während des 19. Jahrhunderts die Einwohnerzahl von 175 auf 375 Millionen, in den Vereinigten Staaten von Amerika von 5 auf 76 Millionen Menschen vermehrt. Das Maß, in dem die einzelnen Länder an dieser Entwicklung teilgenommen haben, ist freilich verschieden. Frankreich, das zu Beginn des Jahrhunderts das wirtschaftlich und politisch mächtigste Land der Erde war, zählte damals eine Bevölkerung von über 27 Millionen, während auf dem politisch zerstückeltesten Gebiete des heutigen Deutschen Reiches nur 24 Millionen Menschen wohnten, und Großbritannien und Irland nur 16, Italien ebenfalls 16, Oesterreich 13 Millionen Einwohner hatten. Nachdem dagegen inzwischen die Vorkherrschaft Frankreichs an andre Staaten übergegangen war, sah das Ende des Jahrhunderts auch seine Volkszahl mit 38 Millionen erst an sechster Stelle unter den Großmächten, hinter Großbritannien und Irland (42 Millionen), Oesterreich-Ungarn (mit 45 Millionen), dem deutschen Reiche (66 Millionen) und den Vereinigten Staaten von Amerika (76 Millionen) und Rußland (130 Millionen).

Auch in den einzelnen Ländern war die Bewegung der Bevölkerung verschieden. Preußen, das jetzt 61 v. H. zur deutschen Reichsbevölkerung stellt, umfaßte beim Beginn des 19. Jahrhunderts nur 55 v. H.; seine Vormacht unter den deutschen Staaten hat sich auch seit 1871 in dieser Hinsicht noch gesteigert. Sachsen erhöhte desgleichen seinen Anteil an der Reichsbevölkerung (des heutigen Gebietes) im Jahrhundert von 4,5 auf 7,5 v. H. Dagegen ist der Anteil Bayerns fast ständig gesunken, von 14,5 auf 11 v. H., und ähnlich sind die übrigen großen Bundesstaaten zurückgeblieben. Die Gründe dieser verschiedenen Entwicklung liegen in der beruflichen und sozialen Gliederung des Volkes, in der Mannigfaltigkeit seines Erwerbslebens, in der verschiedenen Produktivität seiner Arbeit, den Aussichten auf Gewinn u. der Gunst oder Ungunst der Lebens-Verhältnisse. Jedes Gebiet wird dauernd nur soviel Menschen tragen, als darauf mit lohnender Arbeit versorgt werden können, und je besser, je ergiebiger dieser Erwerb ist, umso mehr Menschen wird es aufnehmen können.

Wie in der Bevölkerungs-Zunahme offenbart sich der Zusammenhang mit der Wirtschaftslage naturgemäß auch in dessen einzelnen Faktoren, nämlich in den Eheschließungen, Geburten, Sterbefällen und Wanderungen. Ihre Häufigkeit bildet brauchbare Gradmesser für das Befinden der Nation. Von allgemeiner Bedeutung ist der um die Mitte der achtziger Jahre nachhaltig einsetzende Rückgang der Sterblichkeit, der sich in Deutschland stärker als im Auslande bemerkbar macht und in der Hauptsache durch die Verbesserung der sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung, nicht zum wenigsten durch die deutsche Arbeiter-Versicherung und Arbeitererziehung-Gesetzgebung, veranlaßt sein dürfte. Wir sehen hier eine Wirkung der kaiserlichen Fürsorge für die Schwachen und Bedrängten, wie sie schöner nicht gedacht werden kann.

Der Wirtschafts-Politik unserer Regierung ist es wohl hauptsächlich zu verdanken, daß in Deutschland das erfreuliche Wachstum seiner Bevölkerung namentlich in den letzten Jahrzehnten Hand in Hand ging mit einer noch größeren Zunahme der Unterhaltungsmittel und einer sozialen Besserstellung der Nation fast in allen, besonders den unteren Volksschichten. Auch für die nächste Zukunft ist, dank der Politik des Schutzes der nationalen Arbeit, eine gleiche Entwicklung der Bevölkerung zu erwarten.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Man braucht Fürstbesuche in unserer Zeit keineswegs zu überschätzen, und auch die in Rußland und gegenüber vorherrschenden Gesinnungen nicht in zu rosigem Lichte

zu sehen, um doch anerkennen zu müssen, daß die deutsch-russischen Beziehungen sich im Laufe der letzten Zeit erheblich weniger gespannt und freundlicher gestaltet haben, und daß zu diesem erfreulichen Ergebnis der nähere Verkehr der Herrscher selbst sehr wesentlich beigetragen hat. In früheren Jahren suchte Zar Nikolaus II., dessen zurückhaltendes und stilleres Wesen mit dem impulsiven Temperament Kaiser Wilhelms II. wenig übereinstimmt, persönlichen Begegnungen möglichst aus dem Weg zu gehen; es hat sich Jahre lang eine wohl auch für das beiderseitige Verständnis und politische Einverständnis nicht ersprießliche, etwas mißtrauische Zurückhaltung des Zaren gegenüber dem Deutschen Kaiser bemerklich gemacht. Ohne jede Schönfärberei konnte festgestellt werden, daß bei dem vorjährigen Kaiserbesuch vor Reval noch mehr als bei dem vorangegangenen Besuche des Zaren vor Danzig der letztere in offener, wirklich freundschaftlicher Weise sich äußerte, und daß das Ergebnis der Zusammenkunft ein recht befriedigendes war. Wenn jetzt so bald darauf der deutsche Kronprinz nach Petersburg fährt, so zeugt das von der Dauer des guten Verhältnisses, und knüpft hoffentlich das Band noch fester. In diesem Sinne erklärt das offiziöse „Journal de St. Pétersbourg“: „Der deutsche Kronprinz ist am Freitag in Petersburg eingetroffen, wo er Gast des Kaisers sein wird. Dieser Besuch ist ein neues Kennzeichen der traditionellen Freundschaftsbeziehungen, welche zwischen den beiden Herrscherfamilien zum größten Wohle der beiden Staaten bestehen.“

Mit dem ersten Januar haben bekanntlich die Nickelzwanzigpfennigstücke die Eigenhaft eines gleichlichen Zahlungsmittels verloren. Es sind von ihnen in den letzten Monaten noch ganz beträchtliche Summen aus dem Verkehr gezogen. Man wird annehmen können, daß der noch im Verkehr befindliche Teil der überhaupt zur Ausprägung gelangten (5 Millionen) Nickelzwanzigpfennigstücke, der gegenwärtig etwa 16% ausmacht, sich noch etwas verringern wird. Von den übrigen zur Einziehung gelangenden Münzsorten haben in der Zwischenzeit noch die silbernen Zwanzigpfennigstücke, von denen insgesamt für 35,7 Millionen Mark ausgeprägt waren, aus dem Verkehr einen Betrag von etwa 200 000 Mk. abgegeben. Sie liefen Ende Oktober 1902 noch in Höhe von 5,7 Millionen Mark um und waren Ende Dezember auf 5,5 Millionen Mark herabgemindert. Sie sind demgemäß noch mit 14% der ausgeprägten Summe im Verkehr. Bei den letzten zur Einziehung gelangenden Münzsorten, bei den goldenen Fünfsmarkstücken, hat sich der noch im Verkehr befindliche Teil nicht geändert. Er beträgt immer noch 3,7 Millionen Mark oder von der ganzen zur Ausprägung gelangten Summe in Höhe von 27,5 Millionen Mark etwa 13%.

In Italien und in Frankreich steht gegenwärtig die Ehescheidung auf der Tagesordnung der Parlamente: in Italien soll sie eingeführt, in Frankreich, wo sie 1816 bis 1884 nicht galt, reformiert werden. Der italienische Gesetzentwurf ist von der Regierung vorgelegt und enthält nur vier Ehescheidungsgründe: Ehebruch, böswilliges Verlassen, körperliche Mißhandlung oder schwere Ehrenkränkung und endlich Verurteilung eines Ehegatten zu zwanzig Jahren Kerker. Andere Ehescheidungsgründe, wie unheilbare Krankheit, unüberwindliche Abneigung, gegenseitiges Einverständnis kennt der Entwurf nicht. Er wird gleichwohl wahrscheinlich scheitern, weil er die heftigste Opposition in kirchlichen Kreisen findet. In Frankreich soll das seit 1884 bestehende Ehescheidungsrecht nach zwei Richtungen geändert werden. Es soll die Bestimmung abgeschafft werden, nach welcher, wenn die Ehe wegen Ehebruchs geschieden wird, die Schuldigen sich nicht heiraten dürfen, und den Ehescheidungsgründen soll ein neuer, das gegenseitige Einverständnis, hinzugefügt werden. Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch hat, wie hierzu Justizrat Staub in der „D. Juristen-Ztg.“ erinnert, die beiderseitige Einwilligung als Ehescheidungsgrund eben erst abgeschafft.

Oesterreich-Ungarn. Eine Sitzung von 54 stündiger Dauer hat sich das österreichische Abgeordnetenhaus geleistet. Sie währte von Donnerstag mittag bis Sonnabend abend 5 Uhr, wurde nur einmal auf drei Stunden unterbrochen und hat wohl ihresgleichen nicht in den Annalen des Parlamentarismus. Auf der Tagesordnung stand zunächst eine große Anzahl Dringlichkeitsanträge der obstruierenden Linken, bei deren Beratung es zu wüsten Lärmhymnen kam. Am Sonnabend endlich gelang es dem Präsidenten, den Führer der Obstruktionspartei zur Zurückziehung der restlichen Dringlichkeitsanträge zu bewegen, wodurch die Tagesordnung frei wurde und das Haus die erste Lesung der Dräffeler Zuckerkonvention beginnen konnte.

Schweiz. Wie wir bereits Sonntag Vormittag durch Extrablatt meldeten, hat sich die Kronprinzessin Luise von Sachsen mit Giron am Sonnabend Abend von Genf nach Mentone begeben. Aus welchem Grunde sie diesen Wechsel vorgenommen, ist aus den betr. Depeschen nicht zu ersehen. Dieselben lauten:

Genf, 18. Januar. Die Kronprinzessin von Sachsen und Giron haben gestern abend Genf verlassen. Sie begaben sich auf einem Umwege zum Bahnhof und reisten um 7 Uhr 40 Min. ab, ohne ihr Reiseziel bekannt zu geben. In ihrer Begleitung befindet sich eine bisherige Bedienstete ihres Hotels.

Lyon, 18. Januar. Die Kronprinzessin von Sachsen und Giron trafen gestern abend 10<sup>1/2</sup> Uhr hier ein und reisten um 11<sup>1/2</sup> Uhr weiter. Sie begeben sich nach Mentone.

Türkei. Nach Mitteilungen von angeblich gutunterrichteter Seite liegt es in der Absicht einiger Mächte, an deren Spitze Rußland und Oesterreich-Ungarn stehen, nicht nur durchgreifende Reformen in Makedonien herbeizuführen, sondern auch die gesamten Finanzen der Türkei einer gewissen Kontrolle durch die Vertragsmächte zu unterstellen. Augenblicklich werden in dieser Hinsicht in Konstantinopel Verhandlungen gepflogen, die die türkische Regierung bewegen sollen, dem Vorhaben der Mächte entgegenzukommen. Bekanntlich untersteht die dette publique bereits europäischer Aufsicht, was sich bisher glücklich bewährt hat. Wenn nun die gesamte Finanzverwaltung des türkischen Reiches, ohne der Souveränität des Sultans nahe zu treten, nach den Grundsätzen geordnet und bewährter finanzieller Wirtschaft dem Bestand einer gemischten europäischen Kommission erhalte, so würde dies kräftigend auf den ganzen Staatskörper einwirken und allmählich eine Gesundung der ungünstigen Finanzlage herbeiführen, die es der türkischen Regierung auch ermächtigt, ihren Verpflichtungen leichter als bisher nachzukommen.

Marokko. Nach einer „Havas“-Meldung sind vier Kolonnen, von denen die eine von Su Rahamed, die zweite vom Kriegsmiester, die dritte von Mulai Rahamed, dem Bruder des Sultans befehligt wird, von Fez aufgebrochen und befinden sich auf dem Marsche nach Taza.

### Locale und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 19. Januar. Am 14. ds. Mts. wurde die hiesige Lateinschule einer unermuteten und eingehenden Revision durch Herrn Bezirksschulinspektor Dr. Förster-Schwarzenberg und Herrn Gymnasialrektor Dr. Weinhold-Schneeberg unterzogen. Die Herren haben sich über das Ergebnis der Revision recht befriedigt ausgesprochen.

Eibenstock. Wie aus dem Inseratenteile der heutigen Nummer ersichtlich, finden in der Zeit vom 25. Januar bis mit 2. Februar im Hotel Blauer Engel in Aue eine Anzahl Aufführungen des überall mit großem Beifall aufgenommenen patriotischen Festspiels „Deutschlands 19. Jahrhundert“ statt, worauf wir nicht verschließen hinzuweisen. Näheres darüber in späteren Anzeigen.

Dresden, 17. Januar. Ueber das Befinden Sr. Majestät des Königs wird dem „Dresdner Journal“ heute mitgeteilt: Die fatarrhale Erscheinungen bei Sr. Majestät sind noch nicht vollständig geschwunden, und der Schlaf wird durch Husten noch öfters gestört, aber die Kräfte nehmen weiter zu, und die Nahrungsaufnahme ist eine recht befriedigende.

Leipzig, 15. Januar. Unter dem Verdachte des Meineids verhaftet wurde der Privatmann und Bauunternehmer August Karl Friedrich aus Rolsch, eine bekannte Leipziger Persönlichkeit. Er ist Erbauer und Besitzer einer großen Anzahl hiesiger Häuser und Grundstücke. Unter anderem ist er Eigentümer des früheren „Carola-Theaters“, jetzt „Leipziger Schauspielhaus“ in der Sophienstraße. Friedrich soll durch Spekulationen viel Geld „gemacht“ haben, jedenfalls gilt er für einen sehr reichen Mann. Jetzt ist er von seinem Vuchhalter, mit dem er in Differenzen geraten ist, des Meineids bezichtigt worden. Die Staatsanwaltschaft verfügte deshalb die Verhaftung Friedrichs und lehnte die Haftentlassung gegen Stellung einer hohen Kaution ab. Der Fall wird hier allgemein besprochen.

Annaberg, 14. Januar. Ein eigenartiger Konkurrenzkampf zweier Stadtgemeinden spielt sich gegenwärtig zwischen Annaberg und Buchholz ab. In der bisher schon wenig genügenden Verbindung der Telephonämter der beiden Städte haben sich durch Mangel an Anschlußgelegenheit und Mithören mehrerer Gespräche schwere Unzuträglichkeiten herausgestellt, um deren Abstellung vor ungefähr einem Monat der Kaufmännische Verein Annaberg mit dem Hinweis ersuchte, die Postverwaltung möge auf eine Vereinigung der beiden Fernspreckämter in einer Zentrale zukommen. Nun hat die Stadtvertretung von Buchholz